14./V. 1916

Der Schuhverband für deutschen Grundbesitz hat an den Bundesrat wegen der Frage des nachstelligen Realkredits in der Uebergangszeit folgende Eingabe gerichtet:

Den Hohen Bundesrat bitten wir ehrerbietigst, für den in Kriegsnot geratenen städtischen Hausbesitz auf Beschaffung nachstelligen Realkredits in der Uebergangszeit dadurch hinzuwirken zu wollen, daß 1) das Reich Mittel hierfür bereitstellt und zugleich den Bundesstaaten und Gemeinden die Anregung zu gleichem Vorgehen gibt, — 2) das Reich den Bundesstaaten nahelegt, die Gemeinden dazu anzuregen, daß sie für die während des Krieges oder innerhalb zweier Jahre nach Beendigung des Kriegeszustandes auf städtischen bebauten Boden von öffentlichen und privaten Realkreditanstalten zu gewährenden Hypotheken die Haftung übernehmen, soweit solche Darlehen nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften ohne Haftung der Gemeinde von den beteiligten Anstalten nicht gegeben werden können, — 3) das Reich den Bundesstaaten nahelegt, den Gemeinden ein solches Vorgehen nötigenfalls zu erleichtern, sei es aus eigenen Mitteln, sei es aus den vom Reiche zur Verfügung gestellten Krediten.

Derselbe Verband hat an den Reichstag folgende Eingabe wegen Entschädigung für Gewährung von Obdach an kriegsnothleidende Mieter gerichtet:

Der Reichstag wolle beschließen, in Anerkennung der Entschädigungspflicht öffentlicher Verbände gegenüber dem Hausbesitz für die unfreiwillige Gewährung von Obdach an die Familien von Kriegsteilnehmern und an andere durch den Krieg nothleidend gewordene Mieter, die Reichsregierung zu ersuchen, entweder selbst oder durch Vermittlung der Landesregierungen Maßnahmen zu treffen oder anzuregen, die zu vollem Ersatz dieser Kriegseleistungen führen.